

Tabak-Arbeiter

Nr 49 / Bremen, den 7. Dezember 1929

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatlicher Bezugspreis 40 h ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 h für die viergespaltene Millimeterzeile. Schluß der Redaktion u. der Anzeigenannahme Montag abend. Verantwortl. für den redaktionellen Teil Ferdinand Dahms, für den Anzeigenteil Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Husung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. H. Schmalefeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20., Telefon: Am Domsheide 20780. Geld- und Einzahlungsendungen an Johannes Krohn, Postcheck 5349 beim Postcheckamt: Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandlungsgesellschaft deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Husung, Bremen. Verbandsausführungsvorsitzender: L. Schöne, Hamburg, Vetenbindehof 57, Zimmer Nr. 24

3212 Neuaufnahmen

Wie in den Vorjahren, so wurde auch in diesem Jahre wieder ein Zeitraum festgesetzt, der der besonderen Werbetätigkeit für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband gewidmet war. Im Monat Oktober sind die unorganisierten Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie in allen Gauen Deutschlands darüber aufgeklärt worden, daß sie sich freigewerkschaftlich organisieren müssen, wenn sie ihre beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen auf die Dauer und mit Erfolg vertreten wollen. Das Ergebnis dieser Werbetätigkeit liegt nun vor. Insgesamt können 3212 Neuaufnahmen gebucht werden. Außerdem sind mehrere Uebertritte aus anderen Organisationen zu verzeichnen und nicht wenige Mitglieder, die mit ihrer Beitragsleistung ins Stocken geraten waren, sind durch die Werbetätigkeit dazu veranlaßt worden, wieder mit in Reih und Glied zu marschieren.

Wenn dieses Ergebnis hier und da auch hinter den gehegten Erwartungen zurückbleibt, so muß es unter Berücksichtigung aller Umstände, die bei der Werbetätigkeit eine Rolle spielten, doch als erfreulich bezeichnet werden. Die Verhältnisse in der Tabakindustrie waren wirklich nicht dazu angetan, das Ergebnis der Werbetätigkeit für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband im günstigen Sinne zu beeinflussen. Abgesehen von der Rau-, Rauch- und Schnupftabakbranche, fanden in keinem Zweige der Tabakindustrie größere Lohn- und Tarifbewegungen statt, die auch den indifferentesten Arbeiterinnen und Arbeitern die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses vor Augen geführt hätten. Dazu kam, daß die Rationalisierung, vor allem die Einführung von neuen Maschinen in den Zigarettenfabriken, viele Arbeitskräfte überflüssig gemacht hat, ein Umstand, der auch nicht dazu angetan war, größere Massen der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen. Und dann die ungenügende Beschäftigungsmöglichkeit. Wenn Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in den letzten Monaten auch etwas nachgelassen haben, so waren sie doch immer noch groß genug, um die Werbetätigkeit außerordentlich zu erschweren.

Bei alledem darf nicht übersehen werden, daß bei annähernd gleicher Produktion eine, wenn auch langsame Umgruppierung in der Tabakindustrie vor sich geht. Es gibt Gebiete und Betriebe, deren Arbeiterzahl in ständigem Zunehmen begriffen ist, während auf der anderen Seite ein dauernder Rückgang festgestellt werden muß. Erinnert sei hier nur an die rückläufige Bewegung der Zigarettenherstellung in Nordwestdeutschland, Brandenburg und Schlesien sowie im Freistaat Sachsen. Auch das Verschwinden großer Zigarettenfabriken aus Köln und Stuttgart darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden. Alles das sind Dinge, die eher eine rückläufige, als eine fortschreitende Entwicklung der Mitgliederbewegung zur Folge haben müssen, so daß es bei der Werbetätigkeit nicht nur darauf ankam, Neuland zu erobern, sondern auch die aus obigen Gründen eingetretenen Verluste auszugleichen. Inwieweit das gelungen ist, muß der Jahresabschluß zeigen.

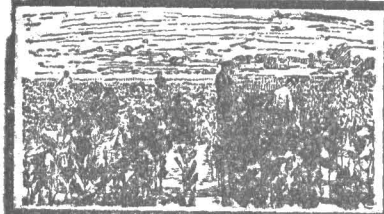
An den Neuaufnahmen waren alle Gaue, wenn auch nicht in gleichem Maße, beteiligt. Es sind Neuaufnahmen zu verzeichnen im Gau 1 (Hamburg) 978, Gau 2 (Nordhausen) 300, Gau 3 (Hersford) 534, Gau 4 (Frankfurt) 283, Gau 5 (Heidelberg) 475, Gau 6 (Offenburg) 94, Gau 7 (Dresden) 330, Gau 8 (Breslau) 97 und Gau 9 (Berlin) 121. Der Gau Hamburg steht demnach an erster Stelle. Ihm folgt der Gau Hersford und dann geht es herab bis zum Gau Offenburg, der die wenigsten Aufnahmen zu ver-

zeichnen hat. Es wäre jedoch ungerecht, wollte man nur rein zahlenmäßig das Ergebnis der Werbetätigkeit in den verschiedenen Gauen bewerten. Gerade in den schon vordem angeführten Gebieten mit einer zurückgehenden Zigarettenherstellung gibt es nicht wenige Orte und Betriebe, wo alles restlos organisiert ist. Dort sind also mit dem besten Willen keine neuen Mitglieder mehr zu holen. Wenn man dazu noch berücksichtigt, daß die Gaue verschieden groß sind und außerdem eine Reihe von Umständen das Ergebnis der Werbetätigkeit je nach Lage der Verhältnisse günstig oder ungünstig beeinflussen können, dann zeigt sich, daß man bei der Bewertung des Ergebnisses der Werbetätigkeit nicht überall den gleichen Maßstab anlegen darf.

Trotzdem können wir uns des Eindruckes nicht erwehren, daß es hier und da möglich gewesen wäre, mehr neue Mitglieder zu gewinnen, als tatsächlich gewonnen worden sind. Wir wollen deswegen keine Vorwürfe erheben, geben uns aber der Hoffnung hin, daß dieser Hinweis genügt, um die in Betracht kommenden Verbandsfunktionäre zu veranlassen, sofort das Versäumte nachzuholen. Daß es möglich ist, Erfolge zu erzielen, haben viele, auch kleinere Zahlstellen bewiesen. Es ist natürlich nicht möglich, hier nun das Ergebnis der Werbetätigkeit jeder Zahlstelle einzeln anzuführen. Wir müssen uns damit begnügen, die Zahlstellen zu erwähnen, die mehr als 50 Neuaufnahmen erzielt haben. Es sind dies Bremen mit 93, Hamburg mit 532, Hannover mit 301, Nordhausen mit 57, Treffurt mit 53, Bünde mit 124, Lübbecke mit 111, Deynhausen mit 65, Minden mit 71, Mennighüffen mit 82, Gießen mit 110, Trier mit 91, Heidelberg mit 106, München mit 61, Bruchsal mit 72, Leipzig mit 54, Dresden mit 69, Schöneck mit 63 und Elbing mit 80 Neuaufnahmen.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß nicht alle Mitglieder, die bei einer Werbeaktion gewonnen werden, dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband erhalten bleiben. Aus den verschiedensten Gründen, die als bekannt vorausgesetzt werden können, geht ein Teil der neugewonnenen Mitglieder immer wieder verloren. Jetzt gilt es, durch eine planmäßige Schulungsarbeit dafür Sorge zu tragen, daß dieser Teil nicht allzu groß wird. Nicht nur den neugewonnenen Mitgliedern, sondern auch den noch absetzstehenden Arbeiterinnen und Arbeitern der Tabakindustrie muß immer wieder auseinandergesetzt werden, daß es kaum jemals eine Zeit gegeben hat, wo der gewerkschaftliche Zusammenschluß so notwendig war, wie gegenwärtig. Lasse sich niemand davon leiten, daß in den Zweigen der Tabakindustrie, die eine zentrale Lohnregulierung haben, größere Bewegungen vorläufig nicht in Aussicht stehen. Die Geltungsdauer eines Tarifvertrages muß immer als eine Periode des Waffenstillstandes betrachtet werden, dazu bestimmt, die tariflichen Bestimmungen durchzuführen, die Reihen der Kämpfer zu füllen und die nötige Munition für die kommenden Auseinandersetzungen heranzuschaffen. Bemühen wir uns, daß das überall in ausreichendem Maße geschieht; sorgen wir dafür, daß die noch fernstehenden Kolleginnen und Kollegen sich unserer Organisation anschließen, und denken wir daran, durch regelmäßige Zahlung der im Verbandsstatut vorgeschriebenen Beiträge die finanziellen Verhältnisse des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes so zu stärken, daß er und mit ihm die Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie den kommenden Dingen mit Ruhe entgegensehen können. Der Werbemonat Oktober gehört der Vergangenheit an, aber die Werbetätigkeit muß fortgesetzt werden.

Tabakgewerbe



Der Fünfjahresplan für die Tabakindustrie der UdSSR.

A. J. Die russische Tabakerzeugung zerfällt in die Herstellung von Zigaretten aus gelbem Tabak, die Erzeugung von groben Tabaksorten (Machorkaproduktion) und — in sehr geringem Umfang — die Produktion von Zigarren und Schnupf- und Pfeifentabak.

Fast die ganze Tabakindustrie ist verstaatlicht und untersteht dem Obersten Volkswirtschaftsrat. In der Industrie der gelben Tabake ist die Verstaatlichung besonders weitgehend durchgeführt: 97 Prozent der Produktion werden von Staatsbetrieben geliefert, der Rest verteilt sich auf genossenschaftliche und private Unternehmungen. Die Machorkaindustrie ist viel mehr zersplittert und wird in kleineren Fabriken betrieben. Die Zigarettenherstellung ist vertrautet, wobei auf die fünf großen Trusts (Trust Leningrad, Krim-Trust, Ukraina, Nordkaukasus und Moskau — letzterer eine Interessengemeinschaft der Moskauer Tabakfabriken, die dem großen Industrie-„Kombinat“ Wosselprom angehören —) 98 Prozent der gesamten Erzeugung der staatlichen Tabakindustrie entfallen. Die staatlichen Machorkafabriken sind in einem Machorkasyndikat vereinigt. Die Tabakindustrie (Erzeugung von gelben Tabaken) war in Rußland schon vor dem Kriege syndikalmäßig zusammengefaßt (faktisch aber vertrautet) und auch betriebsmäßig stark konzentriert, der größte Teil der Produktion entfiel auf wenige Großbetriebe. Nach der Verstaatlichung wurde die Konzentration der Tabakindustrie weiter gefördert, gegenwärtig verteilt sich die ganze Produktion auf 12 Großbetriebe.

Im Produktionsprogramm für die Entwicklung der Tabakindustrie im Jahrfünft 1928/29 bis 1932/33 ist eine weitere Konzentration der Produktion in den bestehenden Produktionsstätten vorgesehen: in Aussicht genommen ist die Stilllegung der Zigarrenfabrik in Leningrad, der Pfeifentabakmanufaktur in der Krim und einer ganzen Anzahl von machorkaerzeugenden Kleinbetrieben. Es wird ferner angenommen, daß bis zum Ausgang des Jahrfünfts der größte Teil der genossenschaftlichen und fast alle privaten Kleinbetriebe ihre Produktion wegen geringer Rentabilität einstellen müssen.

Den gegenwärtigen Stand der Tabakerzeugung zeigt folgende Zusammenstellung:

Bruttoproduktion in Preisen von 1926/27 in Mill. Rubel	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32	1932/33	Zunahme im Laufe des Jahr- fünfts in %
a) gelbe Tabake	141,0	166,6	172,2	189,3	208,2	226,5	60,6
b) Machorka	38,3	27,3	45,4	50,2	54,9	58,5	52,7
Bruttoproduktion mengenmäßig							
a) Zigaretten in Milliarden Stück	47,0	56,0	57,5	63,0	69,5	75,5	60,6
b) Machorka in 1000 Kisten	3200	2283	3800	4200	4600	4900	53,2

Im Laufe des Jahrfünfts soll damit also eine Steigerung der Erzeugung gelber Tabake um 60 Prozent, eine Steigerung der Machorkaproduktion um 52 Prozent erzielt werden. Wie auch in den letzten zwei Jahren soll die Steigerung der Produktion durch rationellere Ausnutzung der Rohstoffe und der Maschinerie und vornehmlich durch eine gründliche Reorganisation der vorhandenen Betriebe erreicht werden.

Von den 28,7 Millionen Rubel, die im Laufe des Jahrfünfts in der Tabakindustrie investiert werden sollen (davon 22,5 Millionen Rubel in der Produktion der gelben Tabake, 6,2 Millionen Rubel in der Machorkaerzeugung), sind für die Neubautätigkeit nur 5,85 Millionen Rubel vorgesehen; der Rest soll für die Erweiterung, Rekonstruktion und Instandsetzung der alten Betriebe verwendet werden. Ein bedeutender Teil der für den Neubau bewilligten Mittel ist für die Errichtung von Wohnungen für die Arbeiter der Tabakindustrie bestimmt, und nur 600 000 Rubel jährlich sollen für den Bau einer neuen Tabak-

fabrik in der Krim verausgabt werden. Fast in allen Tabakfabriken soll nach dem Fünfjahresplan die Arbeit in zwei Schichten eingeführt werden. Infolge der Enge der Fabrikräume und des schlechten Standes der Maschinerie (der Verschleiß wird auf 30 bis 35 Prozent des normalen Standes berechnet) ist allerdings in vielen Fabriken weder eine erhöhte Ausnutzung der Maschinenleistung noch die Einführung der zweiten Schicht möglich. Der Fünfjahresplan beabsichtigt daher eine gründliche Erneuerung der Maschinerie der meisten Tabakfabriken. Da es in Rußland einige Maschinenbaumerke gibt, die sich schon vor dem Kriege auf den Bau von Tabak- und Zigarettenmaschinen spezialisiert hatten, kann die beabsichtigte technische Umstellung in der Tabakindustrie ohne Inanspruchnahme der Einfuhr durchgeführt werden und erfordert somit auch keine Aufwendungen an ausländischen Wälouten. Die Inanspruchnahme der Maschinerie soll in den Tabakfabriken um 50 bis 60 Prozent bis zum Ausgang des Jahrfünfts erhöht werden. Borgesehen ist auch die Ausscheidung von Maschinen veralteter Systeme, die Einführung von Zigarettenstopf- und Hülsenmaschinen, von Druckautomaten und Luftdruckvorrichtungen zur Heranschaffung des Tabaks, die Mechanisierung des innerbetrieblichen Transports und die Verbesserung der Lüftungsanlagen.

Die technische Umstellung und Mechanisierung der Tabakfabriken erfordert eine Erhöhung der Zahl der gelernten Arbeiter, während die Gesamtzahl der Arbeiter der Tabakindustrie im Laufe des Jahrfünfts durch die in Aussicht genommenen Rationalisierungs- und Mechanisierungsmaßnahmen vermindert werden soll:

Zahl der Arbeiter in 1000	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32	1932/33	1932/33 vor 1927/28 in %
a) Tabakindustrie	18,2	17,2	16,9	16,6	16,0	15,9	84,4
b) Machorkaindust.	5,9	3,8	5,2	5,0	4,7	4,4	73,6
Durchschnittslohn je Monat und Arbeiter in Rubel							
a) Tabakindustrie	74,1	76,6	78,9	81,3	84,2	87,5	118,1
b) Machorkaind.	53,6	54,7	57,1	60,0	63,0	66,3	123,8

Der Absatz der Tabakindustrie in dem vom Fünfjahresplan in Aussicht genommenen Tempo dürfte kaum auf Schwierigkeiten stoßen. Schon vor dem Kriege war eine rapid anwachsende Nachfrage nach Tabakerzeugnissen, vornehmlich nach Zigaretten, zu verzeichnen. In den letzten Jahren steigt indes der Tabakverbrauch in Rußland noch schneller (im Durchschnitt um 10 Prozent jährlich).

Großen Schwierigkeiten begegnet die Tabakindustrie wegen des Mangels an Zigarettenhülsen und Zigarettenpapier; der Bedarf muß fast in vollem Umfang durch Einfuhr aus dem Ausland gedeckt werden. Das größte Problem aber liegt für die russische Tabakindustrie in der Belieferung der Fabriken mit Rohstabak. Im Jahre 1927/28 verarbeiteten die Zigarettenfabriken 33 100 Tonnen Tabak, für das Jahr 1932/33 ist eine Verarbeitung von 47 600 Tonnen in Aussicht genommen. Die Machorkaverarbeitung soll um 23 Prozent steigen. Indessen ist die Lage auf dem Gebiete der Rohstabakbeschaffung schon im ersten Jahr des Fünfjahresplanes äußerst schwierig. Die allgemeine Politik der Sowjetregierung gegenüber den wohlhabenden Schichten der Landbevölkerung hat eine massenhafte Zersplitterung der Tabakbaubetriebe und den Uebergang der Tabakbauern zum Anbau von Verbrauchspflanzen hervorgerufen. Von großer Bedeutung ist auch die ablehnende Einstellung der Regierung zur Verwendung von Lohnarbeitern im Tabakanbau (Tabakbauern, die Arbeiter beschäftigen, werden zu den „Kulaken“ gezählt, die von der Regierung bekämpft werden); indes kann die tabakbauende Landwirtschaft mit ihrem großen Arbeitsfassungsvermögen schwerlich ohne Lohnarbeit auskommen. Die Folge davon ist, daß die Anbaufläche der gelben Tabake nach den Ermittlungen des Obersten Volkswirtschaftsrates nicht mehr zunimmt, wiewohl sie ihren Vorkriegsumfang noch nicht erreicht hat, und der Ernteertrag pro Hektar der Anbaufläche fortgesetzt zurückgeht, und zwar im

letzten Jahre um 4 Prozent. Die Wachorkaernte war im Jahre 1928/29 sogar um 30 Prozent gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen. Für die Förderung des Tabakbaues sind im Fünfjahresplan 22 Millionen Rubel für 5 Jahre bewilligt, vornehmlich zur Finanzierung der im Aufbau begriffenen Sowjetwirtschaften und Kollektivwirtschaften im Tabakbau. Es sollen 5 Staatsgüter (Sowjetwirtschaften) mit einer Tabakanbaufläche von 550 Hektar und 30 Kollektivwirtschaften mit einer Tabakanbaufläche von 4200 Hektar ins Leben gerufen werden.

Jetzt schon ist die Erweiterung der Tabakindustrie infolge der Rohstoffknappheit zum Stillstand gekommen. Im Jahre 1929 konnte der Rohabakmangel nur durch die Anwendung künstlicher Fermentation und des Feuertrockenverfahrens ausgeglichen werden. Aber das Fehlen erfahrener Fachleute wirkte zurück auf die Qualität der Tabake und Tabakerzeugnisse. Was aber das wichtigste ist: die Anwendung der genannten Verfahren ermöglichte eine einmalige Hereinnahme großer Rohabakvorräte in die Produktion, sie vermag aber das Problem der Rohabakknappheit der Sowjetunion nicht zu lösen. Bereits zu Beginn des Wirtschaftsjahres 1929/30 (Oktober 1929) waren die Rohabakvorräte auf die Hälfte der Vorratsmengen der Vorjahre gesunken und wesentlich knapper als in den Normaljahren geworden.

Die Belieferung der Tabak- und Wachorkafabriken mit dem nötigen Rohmaterial ist für diesen Wirtschaftszweig die schwierigste Aufgabe, die er zu lösen hat. Von ihrer Lösung hängt vornehmlich auch die Beantwortung der Frage ab, ob es gelingen wird, den Fünfjahresplan für die Tabakindustrie der UdSSR zu verwirklichen.

Quellen: Fünfjahresplan des volkswirtschaftlichen Aufbaus der UdSSR., Bd. II, Teil I (russisch), Verlag „Planowoje Chosjajstwo“.

Fünfjahresplan für die Industrie des Obersten Volkswirtschaftsrates der RSFSR., Staatsverlag (russisch).

Fünfjahresplan für die Industrie des Obersten Volkswirtschaftsrates der Ukrainischen SSR., Staatsverlag (russisch).

Kontrollziffern des Fünfjahresplanes für die Industrie für 1928/29 — 1932/33 (russisch), Staatlicher Technischer Verlag.

Grundzüge der technischen Rekonstruktion der Industrie der UdSSR., Bd. II, (russisch), Staatlicher Technischer Verlag.

Objekte der Neubautätigkeit der staatlichen Industrie für das Jahr fünf (russisch), Verlag „Planowoje Chosjajstwo“.

Aus der Rautabakbranche

Mit der Firma Bender & Co. in Magdeburg ist eine Vereinbarung getroffen worden, wonach mit Wirkung vom 1. Dezember d. J. die Löhne bis zu 6½ v. H. erhöht worden sind. Außerdem wurde die Feriendauer von acht Arbeitstagen auf neun im Jahre gesteigert.

Die mit der Firma G. Greß in Bredstedt getroffene Vereinbarung sieht ebenfalls einen Ferientag mehr pro Jahr vor und erhöht die Löhne mit Wirkung vom 15. Oktober um 5 v. H.

Allgemein verbindlich erklärt

hat das Reichsarbeitsministerium mit Wirkung vom 1. Oktober dieses Jahres die am 1. Juli d. J. in Kraft getretenen Nachträge zu den allgemein verbindlichen Bezirkstarifverträgen vom 1. Februar 1928 für die Zigarrenherstellung in **Gießen und am Untermain.**

Zum Bezirk Gießen gehören die Provinz Oberhessen (ausschließlich des Kreises Büdingen und des südlich von Bad Nauheim gelegenen Teiles des Kreises Friedberg) und die Kreise Warburg, Biedenkopf, Dillenburg, Wehlar, Frankenberg und Kirchhain.

Der Bezirk Untermain setzt sich zusammen aus der hessischen Provinz Starkenburg mit Ausnahme der Kreise Bensheim und Heppenheim, der Provinz Oberhessen südlich der Linie Weilburg—Friedberg—Nidda—Stockheim, den Kreisen Schlüchtern und Gelnhausen-Orb, sowie allen südlich davon liegenden Teilen des Regierungsbezirks Kassel und der Provinz Unterfranken mit Ausschluß von Stadt und Bezirksamt Würzburg.

Tabaksteuereinnahmen im Oktober

Im Monat Oktober wurden aus der Tabaksteuer insgesamt 77 242 681,77 M vereinnahmt. Davon waren 63 717 632,09 M aus der Banderolensteuer, 13 498 812,78 M aus der Materialsteuer und 26 236,90 M aus der Tabakerzstoffabgabe.

Um die drohende Mehrbelastung des Tabaks

Nachdem bekanntgeworden ist, daß man im Reichsfinanzministerium auch das Problem einer Tabaksteuererhöhung prüft, gibt es keine Fach- und keine Tageszeitung mehr, die nicht in irgendeiner Form zu den bekanntgewordenen Plänen Stellung nimmt. Zum Teil geschieht das in einer Art, die den schärfsten Widerspruch herausfordert muß. So schreibt zum Beispiel die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 881):

... Wenn tatsächlich bei der kommenden Reform auch die Tabaksteuer eine Rolle spielen soll, dann wäre es allerdings rationeller, auch die Zigarre zur Steuererhöhung heranzuziehen, und aus dem Mehrertrag die relativ bescheidenen Beträge freizumachen, die zur Abfindung unrationell arbeitender Betriebe notwendig wären.

Aber nicht nur Tageszeitungen sind es, die dem Reichsfinanzministerium begreiflich zu machen versuchen, daß es ein Unrecht wäre, wenn der Zigarre diesmal keine höheren Lasten aufgebürdet würden. Auch die „Tabakwelt“, das Organ für Veröffentlichungen des Verbandes der Deutschen Zigaretten-Industrie, tutet in das selbe Horn und kann es sich nicht verkneifen, in folgender Weise mit dem Zaunpfahl zu winken:

... Da es sich noch um keinerlei festen Plan handelt, versagen wir es uns, im einzelnen auf die erwähnten Pressemeldungen einzugehen, obwohl mancherlei dazu zu sagen wäre. Unverständlich erscheint es vor allem, wenn die Zigarrenindustrie, die heute eine 20prozentige Belastung trägt, keine Erhöhung dieser Belastung erfahren sollte, während der Zigarettenindustrie, deren Belastung bereits heute über 40 Prozent ausmacht, eine solche zuteil werden sollte.

Daß die „Tabakwelt“ in dieser Weise für eine Mehrbelastung der Zigarre Stimmung macht, ist nicht nur unverständlich, sondern geradezu unverantwortlich. Ebenso unverantwortlich, als wenn die „Süddeutsche Tabakzeitung“ sich bemüht, den Beweis dafür zu bringen, „daß, anders als bei der Zigarre, die überwiegende Mehrzahl der Zigarettenraucher gewillt und in der Lage ist, für ihren Genuß in dauernder Steigerung immer mehr anzulegen.“ Wenn das so weiter geht, braucht das Reichsfinanzministerium nur noch einige Fachzeitungen des Tabakgewerbes aufmerksam zu verfolgen, um für jede Mehrbelastung des Tabaks und der Tabakerzeugnisse eine Begründung zu finden.

Wir warnen vor der Fortsetzung dieses selbstmörderischen Treibens und erklären dazu mit aller Deutlichkeit: Wenn ein Teil der Tabakindustriellen diese Gelegenheit für günstig halten sollte, dem anderen Teil das Wasser abzugraben, um so eine lästige Konkurrenz loszuwerden, dann möge er wissen, daß die freigewerkschaftlich organisierte Tabakarbeiterchaft sich zu einem solchen Spiel unter keinen Umständen mißbrauchen lassen wird. Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie wissen nur zu gut, daß sie letzten Endes die von anderer Seite eingebrochte Suppe auszulöffeln haben und wenden sich deshalb mit aller Entschiedenheit gegen jede Mehrbelastung des Tabaks und der Tabakfabrikate.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie es nicht gemacht werden sollte, liefert der Verband deutscher Rohabakvergärer, der sich auf seiner Tagung in Mannheim am 29. November eine Entschließung des Deutschen Tabakbau-Verbandes zu eigen machte, die folgende Forderungen enthält:

1. Erhaltung der Steuerbegünstigung für Feinschnitt.
2. Erweiterung der Steuerbegünstigung auf Zigarren im Sinne des Antrages des Deutschen Tabakbau-Verbandes vom 9. November 1929 Nr. 402. Dieser Antrag lautet:

Werden zur Herstellung von Zigarren vergorene Inlandblätter verarbeitet, so wird auf Antrag unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs eine Vergütung von 160 M je Doppelzinner des nachweislich verarbeiteten Inlandtabaks gewährt. Diese Vergütung darf sich nur auf eine gewichtsmäßige Menge bis zu 50 Prozent des bei dem Antragsteller insgesamt zu Zigarren verwendeten unbeeilerten Rohabakmaterials erstrecken.

3. Befassung des heutigen Banderolensteuerjahres für Rauchtabak. Im äußersten Falle eine Erhöhung der Banderolensteuer von 20 auf 25 Prozent unter der Voraussetzung gleichzeitiger angemessener Erhöhung des Banderolensteuerjahres für den übrigen Feinschnitt und die Zigaretten.

Was soll das? Glaubt man so das drohende Unheil abwenden zu können? Wenn einzelne Gruppen des Tabakgewerbes das Bedürfnis haben, dem Reichsfinanzministerium so Tabaksteuererhöhungen auf dem Präsentierteller entgegenzubringen, dann brauchen sie sich später nicht zu wundern, wenn von ihrem Anerbieten in einer von ihnen nicht gewünschten Weise Gebrauch gemacht wird. Darum wehret den Anfängen.

Raucher-Wettstreit

Um einen Rekord der Langsamkeit auszutragen, waren die Mannen des Süddeutschen Raucherbundes in Frankfurt a. M. zusammengekommen. 146 Köpfe stark, davon — zum ersten Male — auch drei Bubiköpfe: Hanau kann den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, die ersten weiblichen Preisraucher zu einem Wettbewerb entsandt zu haben. Und sie haben sich tapfer gehalten, die drei weiblichen Kämpen, im blauen Dunst des Kampffeldes. Erst in der 76. Minute mußte die erste von ihnen das verglühende Stimmeln weglegen und in den nächsten Minuten gingen auch die beiden andern „tot“. Nach der ersten Stunde lichten sich die dunstigen Reihen der 146 Kämpen. Nach zwei Stunden bleiben noch 29. Die drei Bedachtsamsten halten zwei- und einhalb Stunden durch. Mit 150½ Minuten scheidet Fidelio (Wschaffenburg) aus, eine Minute später Mexiko (Frankfurt) und nach der Rekordzeit von 155 Minuten verglimmen dem Preisträger von Einigkeit (Wschaffenburg) die letzten Deckblattreste zwischen den Fingerspitzen.

Zur Entwicklung der Konsumgenossenschaften

Die vierteljährlichen Erhebungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine über die Entwicklung der Umsätze, Geschäftsguthaben und Spareinlagen erstrecken sich auf alle Konsumgenossenschaften mit mehr als 400 Mitgliedern. An der Berichterstattung für das dritte Vierteljahr 1929 beteiligten sich 589 Konsumvereine, gegenüber 592 im zweiten Vierteljahr und 602 im ersten Vierteljahr. Die weitere Verringerung der Zahl der berichtenden Konsumgenossenschaften läßt den Erfolg des anhaltenden Verschmelzungstrebens erkennen.

Die Zahl der Mitglieder ist von 2 815 280 am 30. Juni auf 2 842 280 am 30. September 1929 gestiegen. Das Ruhen der Werbearbeit in den Sommermonaten wird eine Ursache der nur geringeren Mitglieder vermehrung sein.

Während die Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im ersten Vierteljahr einen Umsatz von 288 Millionen Mark und im zweiten Vierteljahr einen Umsatz von 287 Millionen Mark erzielten, stellte sich der Umsatz für das dritte Vierteljahr auf 299 Millionen Mark. Die Umsatzzunahme war zahlen- und verhältnismäßig im Jahre 1927 am größten. In den letzten beiden Jahren ist eine aus den Verhältnissen geborene Verlangsamung der Umsatzsteigerung eingetreten, die unter Berücksichtigung der die deutsche Wirtschaft beherrschenden Krise sicherlich anhalten wird. Der Umsatz des zweiten Vierteljahrs ist im dritten Vierteljahr in allen Konsumgenossenschaften überhöht worden. Der Zustrom der Konsumgenossenschaften von ihren Mitgliedern anvertrauten Spareinlagen ist noch stärker geworden. Dies darf als ein deutliches Zeichen des unerschütterten Vertrauens zur Sicherheit der Spareinlagen in den konsumgenossenschaftlichen Sparkassen betrachtet werden. Im Zeitalter der Zusammenbrüche von Banken und Sparkassen und der damit verbundenen Schädigung weiterer Kreise der Sparer verdient dieses Vertrauen zu den Sparkassen der Konsumvereine eine besondere Würdigung. In den Konsumgenossenschaften vermehrten sich die Spareinlagen von 341,5 Millionen Mark im zweiten Vierteljahr auf 369,9 Millionen Mark im dritten Vierteljahr, also um 28,4 Millionen Mark. Der Umsatz der Konsumgenossenschaften bei der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. erfuhr eine recht erfreuliche Steigerung.

Die aus diesen Entwicklungszahlen sprechende Erkenntnis von der Notwendigkeit der Treue zum eigenen Unternehmen möge in der Zukunft weiter wachsen.

Konferenz- und Versammlungsberichte

Magdeburg. In der am 23. November abgehaltenen Mitgliederversammlung sprach Kollege Wenzel vom Hauptvorstand über die Monopolfrage in der Tabakindustrie. Dem Referenten wurde für seine guten Ausführungen lebhafter Beifall zuteil. Zum 2. Punkt brachte Kollege Kohl den Bericht vom Ortsausschuß zu Gehör, welcher sich unter anderem auch mit der Krankenkassentagung in München beschäftigte. Redner gab die dort aufgestellten Forderungen bekannt. Nachdem noch einige andere Sachen erledigt worden waren, gab der Gauleiter Kollege Clement das Ergebnis der am 22. November in Magdeburg stattgefundenen Verhandlungen für die Rantabakarbeiter bekannt und bemerkte, daß die Kollegen mit dem Resultat zufrieden seien. Über die Bücherkontrolle äußerte er sich dahin, daß in Bernburg und Dranienbaum kein einziger Restant vorhanden sei, dagegen in

Magdeburg erhebliche Rückstände zu verzeichnen sind. Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese so schnell wie möglich beglichen werden. Es kann jeden Tag etwas eintreten und die Restanten erhalten dann keine Unterstützung. Zum Schluß bat er, die Bücher in Ordnung zu bringen, da bald wieder eine Bücherkontrolle stattfinden wird. Ein Antrag, im kommenden Jahr ein Vergnügen stattfinden zu lassen, wurde angenommen. Wir hoffen, daß sich die Kollegenenschaft hieran beteiligt.

Bekanntmachungen

Am 7. Dezember ist der 49. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

22. November. Neumarkt 100.—
 23. Bünde 1250.—, Dingelstädt 200.—, Enger 250.—, Neusatz 70.—, Plön 80.—, Salungen 200.—, Uetersen 60.—
 25. Nordhausen 1000.—, Bielefeld 200.—, Celle 40.—, Freden 90.—, Ermschwerdt 25.30, Helbra 31.50, Destrungen 250.—, Neudamm 150.—
 26. Trier 250.—, Hettstedt 9.65, Herford 300.—, Leipzig 1000.—, Lorch 250.—, Oldenburg 100.—, Minden 600.—, Sommerfeld 25.—
 27. Danzig 250.—, Hohenheim 500.—, Löhne-Bahnhof 150.—, Finsterwalde 400.—
 28. Bünde 1000.—, Geringswalde 150.—, Kl.-Krohenburg 300.—, Burgdamm 200.—, Northeim 500.—, Schöned 700.—, Nürnberg 100.—, Speyer 400.—
 29. Berlin 900.—, Landsberg 90.—
 Bremen, den 3. Dezember 1929. J. Krohn.

Ausgeschlossen nach § 14 des Statuts wurden:

Die Zigarettenpackerin Helene Lüdemann in Hamburg, geb. 10. Dezember 1903, eingetreten am 29. August 1921.
 Die Zigarettenarbeiterin Elisabeth Merkel in Baden-Baden. Geboren am 8. Januar 1898, eingetreten am 3. Okt. 1918. S. A. 22 942.

Kolleginnen und Kollegen! Werbt unermüdlich für den Verband!

Tabakarbeiter - Fabrikant

Wenn Sie für Ihr Fabrikat billig und gut Rohtabak einkaufen wollen, in jedem Quantum von 10 Kilo ab, wenden Sie sich an die Rohtabakhandlung **N. Zeehandelaar, Amsterdam, Zwanenburgwal 68**. Alle Tabake aus erster Hand vom Amsterdamer Markt. Decke, Umblatt und Einlage in jeder Sorte zu beziehen. Nach Musterprüfung Aufträge unter Nachnahme. Von 25 Kilo ab ohne Frachtpesen. Preisangabe auf Anfrage zugesandt. Einschreibungsproben stets vorrätig. Auch evtl. Besuch vom Vertreter.

Unserm Kollegen

Johann Heinzmann u. Frau

zu ihrer am 9. Dezember stattfindenden silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Der Vorstand der Zahlstelle
Herford

Unserm Kollegen

Clement Ernst

zu seinem 50. Geburtstag ein dreifach donnerndes Hoch!

Seine Madels
Zahlstelle Altenburg

Amerk. beste Bezugsquelle für **billig. böhmische Bettfedern**



1 Pfd. graue, gute, geschliffene 80 M, 1. - M., halbweiße 1.20 M., 1.40 M., weiße flaumige, geschliffene 1.70, 2.-, 2.50, 3. - M., feinste geschliff. Halbflaum-Herrschafts-Federn 4.-, 5.-, 6.-, 1 Pfd. Ruppfedern ungeschliffen mit Flaum gemengt, halbweiß 1.75 M., weiß 2.40 M., 3.- M., allerfeinster Flaumrupf 3.50 M., 4.50 M. Versand Zollfrei gegen Nachnahme, von 10 Pfd. an franko. Umtausch gestattet, für Nichtpass. Geld retour. Muster und Preisliste gratis. **S. Benisch in Prag XII.** Amerika ulice Nr. 26/902, Böhmen.

Gummiwaren

Hygien. Artikel. Preis T 2 gratis. „Medicus“ Berlin SW 68, Alte Jacobstraße 8

Billige böhmische Bettfedern!



Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschliffene 3 M, halbweiße 4 M, weiße 5 M, bessere 6 M, 7 M, daunenweiche 8 M, 10 M, beste Sorte 12 M, 14 M, weiße, ungeschliffene 7.50 M, 9.50 M, beste Sorte 11 M. Versand portofrei, Zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

Reform der Krankenversicherung

Am 11. November fand im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung von Vertretern der Reichs- und Länderministerien, der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, der Krankenkassen-Spitzenverbände, der Ärzteschaft und sonstiger Interessenten über die Vorschläge des Ministeriums zur Reform der Reichsversicherungsordnung statt. Diese unverbindlichen Vorschläge waren den Teilnehmern vorher vertraulich zugegangen.

Vier Hauptfragen standen zur Erörterung: der Kreis der versicherten Personen, die Leistungen, die Errichtung und der weitere Bestand von Krankenkassen, d. h. die Maßnahmen gegen die Zersplitterung im Krankenkassenwesen und die Gemeinschaftsarbeit der Kassen. Von den Arbeitnehmern, insbesondere von den Angestelltenorganisationen, wurde fast einmütig eine Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die höheren und besser bezahlten Angestellten bis zu einem Jahreseinkommen von 8400 RM. gefordert. Nur der Bund der angestellten Akademiker der technisch naturwissenschaftlichen Berufe, bei dem die Zahl der Mitglieder wohl im ungekehrten Verhältnis zur Länge seines Ramens steht, lehnte jede Einbeziehung der von ihm vertretenen Gruppen ab. Die ablehnende Haltung der Arbeitgeber ist bereits früher durch Presseäußerungen bekanntgeworden. Ihr Vertreter, Präsident Brauweiler, verlangte „Beschränkung auf den schutzbedürftigen Kreis“. Die Beschränkung des Rechtes zur freiwilligen Weiterversicherung durch Festlegung einer Einkommensgrenze erregte Bedenken bei den Praktikern, weil man befürchtet, eingearbeitete Mitarbeiter in Kassenvorständen und Ausschüssen zu verlieren, wenn diese in höhere Gehaltsstufen aufrücken. Widerspruchlos dagegen wurde der Vorschlag aufgenommen, das Recht zur Weiterversicherung auf die hinterbliebenen Ehegatten übergehen zu lassen.

Ebenso wurde die Einführung der übrigens bereits von der großen Mehrzahl der Krankenkassen gewährten Familienhilfe als Pflichtleistung allgemein, ausdrücklich sogar von dem Vertreter der Ärzteschaft, gutgeheißen. Bedenken der Krankenkassenvertreter dagegen erregte die geplante Einführung der Krankenhauspflge als Pflichtleistung. Am meisten widersprachen sich die Ansichten, auch zwischen den Arbeitnehmerorganisationen der verschiedenen Richtungen, bezüglich einer Neuregelung des Krankengeldes. Vorgeschlagen war: Verbot jeder Kürzung der Wartetage, Zahlung nach Arbeitstagen, Erhöhung über 50 Prozent des Grundlohns, abgesehen von den Familienzuschlägen, erst vom Beginn der siebenten Krankheitswoche, Ruhen des Anspruchs auf Kranken- und Hausgeld bei fortbestehendem Anspruch auf Arbeitsentgelt. — Verschlechterungen, gegen die sich trotz gleichzeitiger Erweiterung der Sachleistungen vor allem die freigewerkschaftlichen Teilnehmer er-

klärten. Daß die Krankenkassen „sich an den Aufgaben der Gesundheitsfürsorge und der hygienischen Volksbelehrung beteiligen sollen“, entspricht eigentlich nur dem gegenwärtigen Stande der Dinge, wenigstens soweit es sich um größere und leistungsfähige Kassen handelt.

Einer Sicherstellung der Leistungsfähigkeit sollen die Vorschläge für die Errichtung und den weiteren Bestand der Krankenkassen dienen. Auch hier gingen naturgemäß die Meinungen weit auseinander. Auf Grund der praktischen Erfahrungen wies Lehmann, der Vertreter des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, besonders auf die Notwendigkeit der „Flurbereinigung“ zwischen den Krankenkassen bei Eingemeindungen hin.

Die schärfsten Maßnahmen gegen die Kassenzersplitterung forderte der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Spliedt. Aber selbst der Vertreter des Innungskrankenkassenverbandes konnte sich nicht mehr der Forderung verschließen, daß die Errichtung einer Kasse nur mit Zustimmung der beteiligten Arbeitnehmer zulässig sein soll. Allerdings will er nicht die Versicherten selbst, sondern nur den Gesellenausschuß zuziehen. Außerdem verlangt er noch besondere Schutzmaßnahmen dagegen, daß die Gesellen die Gründung einer Innungskrankenkasse aus „weltanschaulichen Gründen“ ablehnen. — Dabei wird umgekehrt in der Handwerkerliteratur die Gründung von Innungskassen aus allgemeinen wirtschaftspolitischen und „weltanschaulichen“ Gründen gefordert. Erstaunlicher ist es, daß auch der Vertreter der Großindustrie besondere Rücksicht auf das „historisch Gewordene“ verlangte.

Bei der Zusammenfassung des vorgeschlagenen Hauptausschusses für Krankenversicherung forderten die Arbeitnehmer und Krankenkassenvertreter im wesentlichen die Beschränkung auf die wirtschaftlichen Vereinigungen und die Krankenkassenverbände, da sonst eine unzulässige Beschränkung der Selbstverwaltung eintreten würde. Mehr Begehrte fanden die Vorschläge zur Gründung bezirklicher Pflichtkassenverbände für Krankheitsverhütung und Sozialhygiene und die Verleihung öffentlich-rechtlicher Eigenschaft an die Krankenkassenspitzenverbände.

Daß bei der verschiedenen Grundeinstellung der Beteiligten eine Einigung gerade in den entscheidenden Punkten nicht erzielt werden konnte, liegt auf der Hand. Immerhin muß betont werden, daß alle Teilnehmer, auch die sonst so kritischen Arbeitgeber und Ärzte, sich darin einig waren, daß die deutsche Krankenversicherung in ihren Grundbezügen auch für die Zukunft erhalten bleiben müsse und daß die aus Unkenntnis und Mißwollen erhobenen Angriffe energig zurückgewiesen werden müssen.

Der Falschmünzer

Von Guy de Téramond

I

„Mein Gott, ist es heute schwer, sich ein Vermögen zu erwerben!“ dachte voll Verzweiflung Fripouillard, ein noch junger Mann, während er, ohne Freude an der Arbeit, vom Morgen bis zum Abend Papierrouleaux Louis Quinze gegen einen Tagesgewinn von 4 Frank 25 Centimes für seine Mitbürger anfertigte. Er hatte manchen Schabernack zum Schaden seiner lieben Nächsten begangen; aber diese Streiche hatten ihn zu keiner einträglichen Existenz verholfen, und so sah er sich gezwungen, wie alle Welt zu arbeiten und sein Brot im Schweiß seines Angesichts zu verdienen. Fripouillard dachte oft: Es wäre zu schön, wenn es Dinge gäbe, ähnlich einer Kaffeemühle, deren Griff man nur zu drehen brauchte, um unten ununterbrochen Goldstücke hervorrieseln zu sehen. Leider hat bisher noch kein Erfinder diese Maschine erfunden.

„Ach, Geld...!“ Fripouillard vermag sich nicht zu trennen von dem Anblick eines ganz neuen Fünzigfrankcheines, der seine im Laufe des Jahres mühsam erübrigten Ersparnisse darstellt.

„Wenn ich es geschickt anfinde“, denkt er, „würde ich mit diesen 50 Frank die Mittel finden, um 10 000 zu verdienen.“

Das wird ein hartes, vielleicht zweckloses, wahnwitziges Stück Arbeit werden. Was soll ich beginnen? Lotterielose kaufen? In die Hippodrome der Vorstädte gehen, hoch zu Pferde wetten? Fraglich, meiner vorsichtigen Denkart widerstrebende Mittel! Blödsinn schlägt er sich wie Archimedes vor die Stirn: „Ich hab's!“

Eine zweite Geste — ein graziöses Kraxen auf dem Hinterhaupt — aber besagt: „Nein, es wird nicht gehen!“ Doch Fripouillard ist unternehmend: dem Glück muß man die Hand bieten!

„Ah bah!“ sagt er, „was wage ich, wenn ich's versuche!“

Zu Fripouillards Zeiten waren die modernen Baumerke noch nicht wie Blitze aus der Erde geschossen. Das Vittorlesko der Bergangenheit war noch nicht völlig zerstört, die Butte Montmartre noch nicht von den riesigen, sechsstöckigen Karawanenreihen überschwemmt, die einen Rundblick ermöglichen, der zehn Kilometer in der Runde erfasst, von wo aus man Saint-Denis, Pantin, Aubervilliers, Clichy sieht, ein gewaltiges, unentwirrbares Chaos von dicht aneinandergedrängten Häusern, die sich zusammenhauern, erdrückt von den ihren schwarzen Atem gen Himmel speienden Fabrikschloten und nur voneinander getrennt durch das kapriziöse Band der Seime, auf welcher die Reflege de Sonne wie Silberschuppen einer gigantischen Schlange glänzen.

Der sittliche Charakter der Sozialversicherung

(Schluß)

Mit der Zeit hat sich die Versicherung auch zu einer Gemeinschaft entwickelt, in der der Ledige für den Verheirateten, der Kinderlose für den Kinderreichen eintritt. Im Anfang war nämlich das Beschäftigungsverhältnis Grund und Grenze für die Versicherung. Heute schützt die Versicherung den Arbeiter nicht bloß für seine Person, sie steht in ihm zugleich den Ernährer von Frau und Kind und bemißt daher ihre Leistungen nach dem Familienstand und der Unterhaltspflicht. Neue Gesetze tragen den Versicherungsschutz auch in die Familie des Versicherten. Die ganz überwiegende Zahl der Krankenkassen gewährt den Angehörigen der Versicherten sogenannte Familienkrankenpflege und stuft das Krankengeld nach dem Familienstande ab. In naher Zeit wird diese Abstufung und jene Familienkrankenpflege zur gesetzlichen Regel erhoben, wie dies schon im Bergbau und bei den Seeleuten der Fall ist. Die Wochenhilfe erhält nicht bloß die werktätige Frau, sondern auch die Frau des versicherten Mannes. Alle Renten enthalten Zuschüsse für die Kinder; dieser Zuschuß beträgt in der Invaliden- und Angestelltenversicherung 10 M. im Monat. Mag auch der Familienschutz, den die Sozialversicherung gewährt, nur äußere Fürsorge sein, sie ist mittelbar zugleich ein Beitrag zur Erneuerung der Familie und zur Erneuerung des Volkstums. Bei der Züricher Tagung der Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt erntete Deutschland die Anerkennung, daß in seinen Gesetzen der versicherungrechtliche Familienschutz am stärksten ausgeprägt ist und den Vorzug verdient vor dem französischen und englischen System der Familienpolitik.

Im April d. J. waren Sachverständige der sozialen Medizin im Auftrage der Hygienesektion beim Völkerbund und des Internationalen Arbeitsamts in Deutschland, um die Träger der Sozialversicherung bei ihrer Arbeit auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge zu beobachten. Die Sachverständigen erkannten an, daß in der deutschen Versicherung jeder Versicherungsfall organisch aufgefaßt wird: in der Gesamtheit seiner Beziehungen, nicht bloß als eine Erscheinung für sich, sondern auch in seiner Ursache und Folge, im Zusammenhange mit dem Betrieb, in der Verflechtung mit den äußeren Umständen und in der Wirkung auf die Umgebung. Die deutsche Sozialversicherung steht im besonderen das Allgemeine, in dem Einzelfalle das Merkmal eines Zustandes, in der Häufung gleicher oder ähnlicher Fälle die Berufskrankheit und die Volksseuche. Nach dieser Auffassung richten sich auch die Maßnahmen, die heilenden und wirtschaftlichen Maßnahmen, das vorbeugende Wirken, die Aufklärung, Belehrung und Beratung. In der Versicherung werden die Arbeiter langsam aber sicher zur Verhütung von Krankheiten und Unfällen, zur verständigen und gesunden Lebensführung erzogen. Das wird nicht auf einmal erreicht, es handelt sich eben um eine Entwicklung. Indem aber die Versicherung zielbewußt einen Schritt vor den anderen setzte, legte sie schließlich den weiten Weg von der Medizin zur Hygiene zurück. In Deutschland löst hiernach die Selbstverwaltung der Versicherten auch Aufgaben,

Die obere Rue Caulaincourt war ein entzückender Winkel, mit einem Wirrwarr reizender, ephuummüchelter Pavillons, welche im Lenz die blauen Augen der Winden umsproßen, wo violette Glycerintrauben mit Nestern dreifler, piepender Spazier abwechselten. Poeten und Maler wohnten hier, verträumte, ruhige Menschen, die bloß den einen Fehler hatten, daß sie ihre Miete nicht pünktlich zahlten. Deshalb vermüßten sie die Hauswirte, die für die Kunst nicht das mindeste Verständnis besaßen — für die Kunst, welche erhaben über all den traurigen Zufälligkeiten des Daseins schweben soll, unter denen höchstens der „hassenswerte Bourgeois“ leiden darf.

Als Fripouillard eines dieser Häuschen, um es zu mieten, besichtigte, fragte ihn Herr Durand nach seinem Beruf. Er war sehr glücklich, als er vernahm, daß der Reflektant im „Handel“ tätig sei. Die Antwort war freilich ein bißchen vage, und der in seinem Sonntagsgang recht unbeholfen wirkende, unbärtige junge Mann machte nur in sehr geringem Maße den Eindruck eines richtiggehenden Kaufmanns. Aber Herr Durand hatte genug von den Künstlern, von denen er nie einen Sou bekommen konnte; er segnete den Himmel, der ihm einen zahlungsfähigen Mieter schickte — gleichgültig, ob er nun in der Industrie, dem Handel oder Export tätig war.

Auf alle Fälle aber bürdete Herr Durand seinem Mieter die schwersten Bedingungen auf: er sollte alle Schäden auf eigene

die sonst dem Staate ausschließlich vorbehalten sind. Aus der Sparfamkeit wurde mit der Zeit eine Erziehungsgemeinschaft.

Eine Gemeinschaft gibt Rechte, sie begründet aber auch Verbindlichkeiten. Das äußere Band, das die Arbeiter und die Unternehmer in der Versicherung zusammenhält, ist Versicherungszwang und Beitragspflicht. Bloßer Zwang läßt kalt, wie ein seelenloses Bild aus Stein. Gemeinschaft und gegenseitige Pflicht will anerkannt und bejaht, tief empfunden und willig getragen sein. Die Versicherungsgemeinschaft soll als gemeinschaftliches Glück, als gemeinschaftliche Not erlebt werden, wie eine Schicksalsgemeinschaft, in der keiner mehr ist als der andere, in der jeder für den anderen verantwortlich ist.

Auch in der Sozialversicherung gibt es Mißbräuche und Sünden gegen den Gemeinschaftsgeist. An Energie, die Mißbräuche zu beseitigen, fehlt es nicht. Solche Mißbräuche hängen nicht bloß an der Sozialversicherung, sie hängen an allen ähnlichen Einrichtungen, auch an der privaten Versicherung. In der Steuergemeinschaft wird der Staat auch nicht immer mit vollendeter Ehrlichkeit bedient. Diese Mißbräuche treten zurück, je mehr die Beteiligten zur Versicherung erzogen werden. Dem Rechte, durch die Versicherung geheilt zu werden, entspricht die Verpflichtung, gesund zu bleiben und der Wille, bald wieder gesund zu werden. Der Versicherungsbetrieb ist eben wie ein Familienbetrieb aufzufassen, bei dem kein Mitglied einen Vorteil auf Kosten des anderen sucht, bei dem jedes Mitglied mit sparsam hilft und das Familiengut schützt.

Ich überblicke nochmals das Ganze und fasse es in dem Satze zusammen: Die Sozialversicherung ist aus der Schicksalsgemeinschaft der Arbeiter hervorgegangen. Sie ist für die Arbeiter ein Abschnitt in ihrem allgemeinen Befreiungskampf, ähnlich wie früher die Handwerker und die Bauern um ihre Befreiung gekämpft haben. Mit Hilfe der Sozialversicherung, die ein Bestandteil des Arbeitsrechts ist, wollen die Arbeiter ein Stand werden, wie die Handwerker und die Bauern ein Stand geworden sind. Die Sozialversicherung ist kein Kunstgebilde, sie ist naturhaft gewachsen, sie ist für die Arbeiter eine unentbehrliche Lebensform.

Mit Erfolg haben die Arbeiter den Kampf für die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung aufgenommen. Die Mitarbeit bei den Versicherungsträgern und Versicherungsgerichten haben das Interesse und die Befähigung der Arbeiter auch für die Arbeit in Gemeinde und Staat gefördert. Der Arbeiterstand rückt in den gesetzgebenden Körperschaften, in den Gemeindeverwaltungen und den politischen Parteien den übrigen Ständen gleichwertig an die Seite. Aus dem gedrückten, verachteten oder bemitleideten „Proletarier“ ist der wirtschaftlich gehobene, emporstrebende und für ideale Ziele begeisterte Vollbürger geworden. Kein Stand bekundet mehr Opfer Sinn im Interesse der Solidarität, mehr Eifer und Hingabe für die Fortbildung und Schulung als der Arbeiterstand. Dank unserer Sozialversicherung ist eine Fülle von geistigen und sittlichen Kräften im Arbeiterstand geweckt und gestärkt worden. Das ist nicht bloß ein Gewinn für die Kultur, das liegt auch im Interesse der deutschen Wirtschaft. Auf dem Weltmarkte wird das Volk siegen, das den bestgeschulten, gewecktesten und strebsamsten Arbeiterstand hat.

Rechnung reparieren lassen, die Kosten für Wasserverbrauch bei der „Gesellschaft“, Municipal- und andere Abgaben selbst tragen. Der Wahrheit die Ehre! Fripouillard ging blindlings auf alles ein — mit der Gleichgültigkeit eines Individuums, das von vornherein entschlossen ist, überhaupt nichts zu zahlen. Der Vertrag wurde perfekt und Fripouillard zog eines Morgens ein. Sein klägliches Mobiliar faßte ein Handwagen: Herr Durand fühlte sich bei diesem Anblick aufs tiefste erschüttert.

II

Voreingenommenheit gegen den neuen Mieter regte sich in ihm, und dieser benahm sich so merkwürdig, daß Herrn Durands Mißtrauen sich verstärkte. Erst wenn es dunkelte, ging Fripouillard, ein scheues Wesen zeigend, aus; den Hut schlug er bis über die Ohren, schlug den Mantelkragen hoch und blickte sich vorsichtig um, ob ihm etwa jemand folge. Wiederholt hatten ihn sogar Nachbarn mit einem falschen Bart weggehen sehen. Und wenn er zurückkehrte, brannte bei ihm bis in den Morgen hinein Licht, und man hörte seltsame Geräusche.

Kurz, es konnte keinem Zweifel unterliegen: dieses Individuum hatte besondere Gründe, vor der Neugier der Menschen sein dunkles Treiben zu verbergen. Herr Durand beschloß, um jeden Preis sich Klarheit zu verschaffen. Eines Tages steckte er seinen Revolver in die Tasche und klopfte an die Tür seines Mieters.

Vierte Sitzung des Ausschusses des ADGB. am 25. und 26. November 1929

Am Montag, dem 25. November 1929, trat der Ausschuss des ADGB. zu seiner vierten Tagung zusammen.

Der zweite Vorsitzende **Graßmann** berichtete zunächst über den Unfall, den **Theodor Leipart** am 14. Oktober erlitten hat. Dann beschäftigte sich der Bundesausschuss mit der Agrarfrage und mit dem Berufsausbildungsgesetz, worüber wir Raum mangels wegen später berichten.

In der Sitzung vom 26. November erstattete **Graßmann** den

Bericht des Bundesvorstandes.

Zunächst ging **Graßmann** rückblickend auf die Verhandlungen ein, die zu der Aenderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung führten. Es ist dem Bundesvorstand gelungen, zu erreichen, daß Vertreter der Gewerkschaften als Sachverständige zu den Verhandlungen der Kommissionen hinzugezogen werden, die zur Einzelberatung des Young-Planes eingesetzt worden sind. Der Vertreter der Gewerkschaften bei den Reichsbahnverhandlungen war **Wlaf** vom Einheitsverband der Eisenbahner; er hat, wenn auch unter Ueberwindung erheblicher Schwierigkeiten, Wertvolles erreicht. Dann sprach **Graßmann** über den Stand der Verhandlungen über die vorzeitige Räumung des Saargebietes und die Zuziehung von Gewerkschaftsvertretern zu den Sachverständigenkommissionen.

Im weiteren ging **Graßmann** kurz auf die Denkschrift des **ADGB**-Bundes über die Reform des Versicherungsrechtes und die Stellungnahme des Bundesvorstandes zur Aktienrechtsreform ein. Sehr ausführlich beschäftigte sich der Redner mit der Finanznot der Städte und den schlechten Ausichten, die sich daraus für die Bautätigkeit in den nächsten Jahren ergeben. Ueber die Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Bautätigkeit planmäßiger zu gestalten und insbesondere die behördlichen Bauvorhaben gleichmäßig über das ganze Jahr zu verteilen, hat sich der Bundesvorstand mit dem Reichsarbeitsministerium ins Benehmen gesetzt.

Der Bundesvorstand hat gegen den Entwurf eines Lichtspielgesetzes protestiert. Der Nachlaß **Karl Legiens** ist auf die Bitte der Archidirektion in das Reichsarchiv übergeführt worden. Das Besitzrecht des Bundesvorstandes sowie das Recht über etwaige Publikationen aus dem Nachlaß zu entscheiden, wurde vertraglich gesichert. Eingehend berichtete **Graßmann** über die Arbeiten der vom Internationalen Gewerkschaftsbund eingesetzten Kommission, welche die Arbeitsverhältnisse im Erzbergbau und in der Metallindustrie Luxemburgs und Frankreichs und die Schwierigkeiten untersucht, die sich für die gewerkschaftliche Aufbauarbeit ergeben.

In der lebhaften Debatte, die sich an die Mitteilungen über die Tätigkeit des Bundesvorstandes anschloß, wurde von den Vertretern verschiedener großer Organisationen mit schärfstem Nachdruck betont, daß im Arbeitsschutzgesetz bei der Regelung der Bestimmungen über Mehrarbeit unter allen Umständen der Tatsache der ständig gewordenen Arbeitslosigkeit Rechnung ge-

tragen werden müsse. Bestimmungen, die eine regelmäßige Ueberschreitung der achtstündigen Arbeitszeit zulassen, verlieren jeden Sinn, wenn wie heute, die Rationalisierung zu starken Betriebseinschränkungen und Stilllegungen führt, die eine große Zahl von Arbeitskräften freisetzen.

Nach der Neuregelung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Oktober dieses Jahres wird der Kampf um eine sozial erträgliche Durchführung in den Verwaltungsausschüssen geführt werden müssen. Es versteht sich von selbst, daß eine Revision der Versicherungsleistungen, wie sie etwa da und dort im Zusammenhang mit der Finanzreform gefordert werde, völlig undiskutabel ist. Dagegen müsse eine Erweiterung des der Krisenunterstützung unterstehenden Personenkreises entschieden gefordert und Maßnahmen zu einer großzügigen Arbeitsbeschaffung vorbereitet werden. Es ist vor allem auch eine Aufgabe, der sich die Bezirkssekretäre annehmen müssen in ihrem Bezirke zusammen mit den Bauarbeiterorganisationen der Absicht mancher Kommunen entgegenzutreten, ihre Bauvorhaben einzustellen oder einzuschränken. Im volkswirtschaftlichen Interesse muß vielmehr nach wie vor auf eine Belegung der Bautätigkeit gedrungen werden. In der Aussprache wandte sich der Vertreter des Deutschen Baugewerksbundes mit großer Entschiedenheit gegen einen Vorschlag, der dahin geht, eine Einigung zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Baugewerbes herbeizuführen, die Löhne der Bauarbeiter im Winter im Vergleich zu den Löhnen während der Bauzeit planmäßig zu senken. Dieser Gedanke widerspricht allen von den deutschen Baugewerkschaften propagierten tariflichen Grundsätzen und muß überall und unter allen Umständen abgelehnt werden.

Unter den beteiligten Verbänden bestand Einigkeit darüber, daß insbesondere die internationalen Berufssekretariate auf die Besserung der Arbeits- und Organisationsverhältnisse im Erzbergbau, in der Metallindustrie und im Baugewerbe Luxemburgs und Lothringens einwirken müssen.

In seinem Schlusswort faßte **Graßmann** die Ergebnisse der Aussprache zusammen. Der Vorstand wird auch seine Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsminister über die Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit, besonders im Wohnungsbau, fortsetzen. Zum Schluß gedachte der Vorsitzende in ehrenden Worten des bekannten und gerade in Gewerkschaftskreisen sehr angesehenen Sozialhygienikers **Prof. Sommerfeld**, der am heutigen Tage verstorben sei.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung sprach **Schlimm** e. Er berichtete über das Ergebnis der Umfrage bei den Verbandsvorständen bezüglich ihrer Stellungnahme zu den in der Sitzung des Bundesausschusses am 31. Juli 1929 vorgelegten Richtlinien über

einheitliche Uebertrittsbestimmungen.

Die Kommission für Verwaltungsreform hat noch einmal zu den eingegangenen Vorschlägen und Abänderungsanträgen Stellung genommen. Den vorgelegten Richtlinien stimmte die Mehrzahl der Verbände bis auf den Punkt 5, der den Uebertritt von Mitgliedern zu Verbänden mit Invalidenunterstützung regelt, zu. Die Kommission hatte sich bemüht, eine allgemeine Formu-

Sie wechselten einige Worte, dann wurde geöffnet. **Herrn Durand** erwartete eine große Ueberraschung. Auf dem Tisch sah er eine kleine Presse, Metallplatten, Graviernadeln. Er erblaßte. Sein Mißtrauen hatte ihn nicht getäuscht: sein Mieter war nichts anderes als ein Fälscher von Banknoten. Mit seiner Mäßigung war es zu Ende. Er nahm eine schöne Pose der Enttäuschung an und rief: „Mein Herr! Jetzt kenne ich Ihr niederträchtiges Gewerbe! Sie fälschen Geldscheine!“ — „Leider!“ erwiderte gesenkten Hauptes **Fripouillard**. „Wie könnte ich das jetzt noch leugnen?“ — „Ich bringe Sie zur Anzeige!“

„Tun Sie das! In Gottes Namen! Ach, ich schäme mich, daß ich von den herrlichen Gaben, die mir die Natur verlieh, einen so schlechten Gebrauch mache! Wenn ich denke, daß es mir geglikt ist, diesem Stück Papier den gleichen Wert zu geben wie...“ Er unterbrach sich, griff nach einem ganz neuen Fünzigfrankschein, der auf dem Tisch lag und sagte:

„Sehen Sie selbst! Das ist mein erster Versuch!“

Herr Durand trat ans Fenster und prüfte das Billett einen Augenblick. Er konnte einen Ausruf nicht unterdrücken. Die Nachahmung war ausgezeichnet: **Herr Durand** war konsterniert.

„Nun?“ fragte **Fripouillard**.

„Außerordentlich gelungen, in der Tat! Ich hätte ihn, ohne zu zögern, genommen. Aber ich bin nicht maßgebend. Die Bank von Frankreich hat untrügliche Mittel, um falsche Scheine zu erkennen.“

„Die Bank von Frankreich wird sich ebenso täuschen wie Sie!“

„Glauben Sie?“

„Ich bin dessen sicher. Machen Sie doch die Probe! Nehmen Sie diese Note und erkundigen Sie sich... und dann, wenn Sie wollen, denunzieren Sie mich!“

Durand stieg in eine Droschke und ließ sich zur Bank fahren. „Mein Herr,“ sagte er zu dem Beamten, an den man ihn verwies, „es verlautet, daß in dem Viertel, in dem ich wohne, zahlreiche falsche Scheine in Umlauf sind. Diesen hier habe ich gestern erhalten; er erscheint mir verdächtig, ich weiß nicht warum; würden Sie ihn vielleicht einmal ansehen?“

Nach kurzer Zeit gab der prüfende Beamte die Banknote zurück und erklärte lachend: „Das Echteste, mein Herr, was es gibt. Sie können beliebig viele davon bringen. Wir tauschen Sie Ihnen in Gold um!“

Herr Durand ging nach **Montmartre** zurück. Er fühlte, daß große Tropfen kalten Schweißes seine Stirne nekten. Ein schrecklicher Kampf tobte in ihm. Sein Gewissen rang mit seinem Interesse. Würde er es fertigbringen, den Mann der Polizei zu überliefern, dem das Geheimnis, Geld zu machen, so vortrefflich und leicht gelang?! Sollte er nicht lieber daraus Nutzen ziehen, mit ihm paktieren, sein Stillschweigen sich bezahlt machen?

Schreckliche Versuchung!

nerung zu finden, durch die auch die Interessen derjenigen Mitglieder gewahrt werden sollten, die auf Grund des § 9 der Bundesfassung gezwungen sind, bei Berufswechsel aus einem Verband ohne Invalidenunterstützung auszutreten und in einen Verband überzutreten, der die Invalidenunterstützung eingeführt hat. Noch schwieriger wird der Uebertritt, wenn ein Mitglied mit Anwartschaft auf Invalidenunterstützung in einen solchen Verband ohne Invalidenunterstützung übertritt. Es haben nach der vorliegenden Uebersicht die Invalidenunterstützung eingeführt bzw. beschlossen: 25 Verbände mit 3 903 449 Mitgliedern; dagegen stehen vier Verbände mit 401 247 Mitgliedern, die diesen Unterstützungszweig nicht einführen können oder wollen. Außerdem besteht in vier Verbänden mit 635 254 Mitgliedern die Absicht, entsprechende Vorlagen zwecks Einführung der Invalidenunterstützung den kommenden Verbandstagen zu unterbreiten. Im Jahre 1930 beginnen 12 weitere Verbände mit 2 401 430 Mitgliedern mit der Zahlung der Invalidenunterstützung. Insgesamt unterstützen dann 25 Verbände mit 3,9 Millionen Mitgliedern ihre invaliden Mitglieder. Die Leistungen der Einzelverbände sind allerdings überaus unterschiedlich und schwanken je nach der Zahl der geleisteten Wochenbeiträge und der Höhe der Zuschußbeiträge für die Invalidenunterstützung zwischen 4 und 72 RM. monatlicher Unterstützung; oder zwischen dem 8- bis 60fachen Wochenvollbeitrag. Sonderbeiträge werden nur in 11 Verbänden erhoben, und zwar in Höhe von 5 bis 65 Pf. pro Woche. Die Wartezeiten, die zum Bezug der Unterstützungen berechtigen, variieren zwischen 260 und 2080 Beitragswochen. Infolge dieser außerordentlichen Verschiedenheit bleibt kein anderer Ausweg, als daß die Verbände durch Gegenseitigkeitsverträge über die zu zahlenden Unterstützungen und die Anrechnung der Beiträge im Falle der Invalidität formulierte Vereinbarungen treffen. Auf diese Weise wird es möglich sein, etwaige Härten für Uebertretende zu vermeiden, und schließlich könnten diese Gegenseitigkeitsverträge zu einer einheitlichen Regelung dieses Unterstützungszweiges führen. Notwendig erscheint es ferner, den Beitragsteil für die Invalidenunterstützung gesondert in den Verbandsstatuten auszuweisen, um dadurch Benachteiligungen der Mitglieder zu vermeiden.

Nach eingehender Aussprache stimmte der Bundesausschuß gegen wenige Stimmen den folgenden Richtlinien zu und beschloß ferner, die in der Vorstandskonferenz der Gewerkschaften im Jahre 1909 gefaßten Beschlüsse für doppelt Organisierte in diese Richtlinien (unter 8) aufzunehmen.

1. Mitglieder, die auf Grund des § 9 der Satzung des ADGB bei Berufswechsel zu einem anderen Verbands übertritten, erhalten die erworbene Mitgliedschaft angerechnet, wenn die Abmeldung durch den bisherigen Verband schriftlich bestätigt ist. Beitrittsgeld wird nicht erhoben.

2. Für die Anrechnung der in den früheren Verbänden gezahlten Beiträge kommen nur die an die Hauptklasse geleisteten Wochen- (Voll-) Beiträge in Betracht. Der Hauptklassenbeitrag ist in der Regel aus der Doppelwertmarke zu ersehen. Soweit die Doppelwertmarke nicht benutzt wird, sind 25 v. H. von der Wochenwertmarke als nicht unterstützungsberechtigte Lokalzuschläge abzuziehen und dieser errechnete Wert auf 10 Pf. auf- bzw. abgerundet nach der vollen Zahl der geleisteten Wochen-

beiträge in das neue Buch vorzutragen. Dieser Wert der geleisteten Wochenbeiträge kann ungerechnet werden, jedoch nur bis höchstens zur Gesamtbauer der Mitgliedschaft.

3. Beitragsfreie Marken, Exztrabeiträge, Anerkennungsbeiträge bei Arbeitslosigkeit, fakultative oder Lokalbeiträge bleiben bei der An- und Umrechnung unberücksichtigt.

4. Für die Unterstützungsberechtigung gelten die Satzungsbestimmungen der Einzelverbände mit der Maßgabe, daß die vom Bundesausschuß beschlossenen Richtlinien über Art und Umfang der Unterstützungen (siehe Jahrbücher des ADGB. 1926/27) Beachtung finden. Um übertretende Mitglieder vor Nachteilen zu bewahren, können die Einzelverbände in Gegenseitigkeits- oder Kartellverträgen Ausnahmen von vorstehender Regel zulassen.

5. Für den Bezug der Invalidenunterstützung wird die Zahl der nach Punkt 2 festgestellten Beiträge in voller Höhe angerechnet, wenn das Mitglied aus einem Verbands mit gleichem Unterstützungszwang übertritt. Hat das übertretende Mitglied die zum Bezug der Invalidenunterstützung in der neuen Organisation festgesetzten Beiträge noch nicht voll geleistet, so kann es erst nach Leistung der restlichen Beiträge im neuen Verband Invalidenunterstützung erhalten. Durch Gegenseitigkeits- oder Kartellverträge können die Einzelverbände eine von dieser Regel abweichende Regelung vereinbaren. Uebertretende, die bereits früher dem gleichen Verbands mit Invalidenunterstützung angehört, zu dem der Rücktritt erfolgt, erhalten zumindest die Zahl der in diesem Verbands geleisteten Beiträge auf die satzungsmäßige Wartezeit angerechnet.

6. Rechtsschutz hat derjenige Verband zu bezahlen, in dem das betroffene Mitglied organisiert war, als die Ursache des Rechtsschutzes eintrat.

7. Invalide, kranke, arbeitslose oder an einer Arbeitseinstellung beteiligte Mitglieder sind vom Uebertritt ausgeschlossen. Mitglieder der Unionen, Werkvereine und gelben Verbände sind als Neueintretende zu behandeln. Im Zweifelsfall entscheidet über den Charakter solcher Organisationen und die Notwendigkeit einer Ausnahme der Verbandsvorschrift.

8. Die Zugehörigkeit zu zwei gewerkschaftlichen Organisationen berechtigt nicht zum Doppelbezug von Unterstützungen. Dem Mitglied steht es frei, diejenige Organisation zu wählen, von welcher er Unterstützung in Anspruch nehmen will.

In Doppelorganisierte, die den für ihren Haupt- und Nebenberuf zuständigen Gewerkschaften angehören, werden Rechtsschutz und Unterstützungen bei Streiks und Maßregelungen nur von der Organisation gewährt, deren Interessen sie in dem fraglichen Falle vertreten.

Unternehmer über Unorganisierte

Der „Kohlenhändler“, ein Unternehmerblatt also, schreibt über die Unorganisierten folgendes:

Ein Mann mag eine Barge im Genia benutzen, um keinen Kragenknopf kaufen zu müssen, sich hinten auf die Puffer der Eisenbahn setzen, um Fahrgehalt zu sparen, seine Uhr bei Nacht stehen lassen, um sie weniger abzunutzen, das i ohne Punkt, das t ohne Strich lassen, um Tinte zu sparen — und kann immer noch ein anständiger Mensch sein im Vergleich zu dem, der die Früchte, die die Organisation bringt, einsteckt, ohne ihr selbst anzugehören!

Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

Herr Durand hielt sich vor, daß fünfzig Jahre eines ehrlichen Lebens ihn mahnten und daß nichts, nichts ihn vom rechten Weg hatte ablenken können — aber leider erlang auch in ihm eine leise Stimme, die aus der Tiefe einer verwirrten Seele ihm zurief, daß er 200 000 Frank benötige, um eine Terrainspekulation unternehmen zu können.

„Was sagten sie denn auf der Bank?“ fragte Fripouillard.

„Daß der Schein echt ist...“

„Sehen Sie, ich war davon überzeugt... Und jetzt gehen Sie zum Kommissar, mein teurer Wirt, und tun Sie Ihre Pflicht.“

Herr Durand erwiderte nichts. Mehrere Augenblicke verstrichen.

Endlich stammelte er:

„Und Sie... Sie könnten, soviel Sie wollten... fabrizieren... von diesen...“

„Zweifellos! Morgen kann ich hundert, zweihundert, dreihundert davon haben, wenn ich will...“

Er blickte Herrn Durand in die Augen. „Nur“, sagte er, seine Worte dehnend, „es lohnt sich nicht, lumpige Fünzigfrankscheine zu machen — Tausender müßte man herstellen.“

Herr Durand wurde blaß und stotterte: „Was hindert Sie daran?“

„Ich habe leider alles hineingesteckt, was ich besaß... Ich müßte jetzt ganz neues Material haben, und das ist sehr teuer.“ Herr Durand schwankte der Boden unter den Füßen.

„Wieviel brauchen Sie?“ würgte er heraus.

„Zehntausend Frank. Was bedeutet das, wenn man nach einem Monat so reich sein kann wie Rothschild!“

Herr Durand fühlte sich dem Ersticken nahe.

„Und wenn jemand Ihnen diese Summe leihen würde?“

„Er bekäme von mir einen Anteil von einer Million!“

Am nächsten Morgen brachte Herr Durand seinem Associe das Geld.

Am Morgen darauf erfuhr er, daß sein Mieter während der Nacht ausgezogen war und auf das Hinterlassen seiner Adresse natürlich verzichtet hatte.

Herr Durand hat, wie man sich denken kann, keine Klage eingereicht, und Fripouillard reißt sich am anderen Ende von Paris in aller Sicherheit vergnügt die Hände.

10 000 Frank gewinnen mit einem neuen, schönen Fünzigfrankschein — muß man das nicht ein famoseres Geschäft nennen?!

Ja, die schlechten Instinkte der Menschen — da haben wir diese Kaffeemühle, die ununterbrochen Goldstücke für die herauswirft, die geschickt auf diese Instinkte spekulieren... Fripouillard, mein Freund, weil du diese große Wahrheit begriffen hast, darfst du dich jetzt rangieren!

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Französischen von J. R u n d e.)